

Verlagsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angeschlossen. Redaktion: SW. 66, Cindenzstraße 3. Fernsprecher: Dönhoff 292 - 297. Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts

10 Pfennig

Donnerstag

17. Februar 1927

Verlag und Anzeigenabteilung: Geschäftsjahr 84 bis 85. Verleger: Vorwärts-Verlag G.m.b.H., Berlin SW. 66, Cindenzstraße 3. Fernsprecher: Dönhoff 292 - 297.

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Bürgerblock - Verschleppungsblock!

Ueber die Fürstenforderungen darf nicht verhandelt werden!

Der Rechtsausschuß des Reichstages beschäftigte sich heute mit dem sozialdemokratischen Antrag, die Länder zu ermächtigen, die vermögensrechtliche Auseinandersetzung mit den Fürsten und Standesherrn vorzunehmen. Vor Eintritt in die Beratung erklärte Staatssekretär Zweigert namens der Reichsregierung: Durch die Verlängerung des Sperrgesetzes soll den Landesfürsten und ehemaligen Fürsten die Gelegenheit gegeben werden, die Auseinandersetzungen im Vergleich vorzunehmen. Die Reichsregierung hält daran fest und gibt der bestimmten Erwartung Ausdruck, daß in allen Ländern Vergleiche zustande kommen. Die Reichsregierung wird alles tun, um Vergleiche zu vermitteln und zu fördern. Von der Beratung des sozialdemokratischen Antrages im gegenwärtigen Zeitpunkt vermag sich die Regierung einen Erfolg nicht zu versprechen und sie bittet um Zurückstellung der Beratung.

Abg. Landsberg (Soz.) fragt, wie die Regelung mit den Standesherrn erfolgen soll? Auf diese Frage bezieht sich das Fürstensperrgesetz nicht. Staatssekretär Zweigert: Die Vergleiche sollen auf der Grundlage von Vereinbarungen oder durch Schiedsgerichte erfolgen.

Abg. Landsberg (Soz.): Ein solcher Vergleich hat keinen rechten Zweck, wenn das Schiedsgericht nicht auch bestimmte Rechtsnormen erhält, die der Wichtigkeit entsprechen.

Staatssekretär Zweigert: Die Vergleiche sind so gedacht, daß sie erfolgen sollen auf Grund der Rechtsnormen, die der Reichstag früher in Aussicht genommen hat.

Abg. Dr. Rosenfeld (Soz.): Wie weit sind die bisherigen Verhandlungen zwischen Landesregierung und Fürsten

gediehen? Ich vermag den Optimismus der Reichsregierung nicht zu teilen, daß in allen Ländern bis zum 30. Juni Vergleiche zustande kommen werden. Nach den Erfahrungen mit den teilweise maßlosen Forderungen von Fürsten sei ein Zustandekommen von Vergleichen, bei denen die Interessen des Volkes nicht zu kurz kommen, wenig wahrscheinlich. Ich verlange die sachliche Beratung des sozialdemokratischen Antrages.

Abg. Wegmann (Z.): Es mag sein, daß die Wahrscheinlichkeit einer günstigen Erledigung bis zum 30. Juni nicht sehr groß ist. Wenn wir sehen werden, daß Vergleiche nicht zustande kommen, werden wir ein Reichsgesetz machen. Zunächst muß den Beteiligten Zeit zu Verhandlungen gegeben werden. In diese wollen wir nicht eingreifen.

Abg. Rosenfeld (Soz.): Warum gibt die Reichsregierung nicht Auskunft über den Stand der Vergleichsverhandlungen in den einzelnen Ländern? Warum schweigt vor allem der Vertreter Thüringens, der uns Auskunft geben sollte vor allem über die Verhandlungen mit den Fürsten in Sachsen-Roburg-Gotha?

Staatssekretär Zweigert: Schon das vergangene Kabinett hat eingewirkt auf die Länder in der Richtung auf eine Verständigung. (Genosse Landsberg: Und auf die Fürsten hat das Kabinett nicht eingewirkt?)

Abg. Wegmann (Z.): Wir sind keineswegs abgeneigt, ein Reichsgesetz zustande zu bringen, wir wollen uns aber zunächst darauf beschränken, den Fürsten ans Herz zu legen, sich zu eintigen.

Abg. Kahl (D. Sp.): Die

Verschleppung des Vergleichs

begt nicht bei den Fürsten, sondern bei den Ländern, die den Fürsten die kalte Schulter zeigen. Sämtliche Fürsten sind zu Vergleichsverhandlungen bereit.

Abg. Rosenfeld (Soz.): Es wird wahrscheinlich darauf ankommen, auf welchen Grundlagen die Vergleichsverhandlungen geführt werden sollen. Wie können die Landesvertreter aber weiter schweigen, wie kann Thüringen schweigen, wenn der Abg. Kahl den Ländern die Schuld am Nichtzustandekommen des Vergleichs beimißt? Interessant ist das heutige Schweigen der Deutschnationalen, die sonst in dieser Frage das Wort geführt haben. Sie sind heute hinreichend vertreten durch das Zentrum. So zeigt sich hier die Nachwirkung der Bildung der Rechtsregierung. Das Zentrum bietet heute die Hand zur Verschleppung der ganzen Angelegenheit.

Abg. Rosenfeld (Komm.) wendet sich gegen die Vertagung der Beratung.

Abg. Landsberg (Soz.): Der Vertreter Thüringens schweigt

immer noch. Dabei ist doch eine Rechtsregierung in Thüringen im Amt. Wie kann eine solche Regierung von Vergleichen mit den Fürsten nichts wissen wollen?

Abg. Brodau (Dem.) schließt sich dem Verlangen nach Erklärung der Länder an.

Wegmann (Z.): Das Zentrum hat keine Schwertung vorgenommen. Die Mitteilungen des Abg. Kahl können nicht ganz stimmen. In einem Falle ist das Land zum Vergleich bereit, aber nicht der Fürst, z. B. in Oldenburg.

Abg. Wunderlich (D.B.): Man muß dem neuen Thüringer Landtag Zeit lassen zur Regelung der Frage. Da außer Thüringen nur noch wenige Länder an der Frage interessiert sind, empfiehlt sich deren Zurückstellung. Erst wenn am 30. Juni ein Vergleich nicht zustandekommt, muß ein Reichsgesetz gemacht werden.

Ministerialrat Meßler erregt endlich für die Thüringer Regierung das Wort und erklärt, daß er nichts erklären könne. Er vertritt die Thüringer Regierung in Berlin, er kenne die Vorgänge in Weimar nicht. (Heiterkeit.) Wir haben nur den Antrag, die Beratung des Antrages Müller zu verfolgen. Die Thüringer Regierung lehnt diesen ab, weil sie eine reichsrechtliche Regelung wünscht.

Abg. Rosenfeld (Soz.): Die Erklärung des Thüringer Vertreters läßt geradezu auf eine Sabotage der Verhandlungen hinaus. Man müßte von Weimar aus auch den Vertreter in Berlin informieren können. Da könnte sich ja eher noch der Vertreter Oldenburgs auf die weite Entfernung von Berlin berufen. Es zeigt sich wenig Verständnis bei den Landesregierungen für die Notwendigkeit, im Interesse der einzelnen Länder die Bemühungen der Parteien zu unterstützen, die die

Interessen des Volkes gegenüber den Fürsten schützen

wollen. Eine Vertagung der Angelegenheit kann die sozialdemokratische Fraktion unter keinen Umständen zugeben.

Ein Vertreter der Oldenburger Regierung erklärt darauf, daß er nichts Neues sagen könne; seine Regierung sei verhandlungsbereit und es werde verhandelt.

Staatssekretär Zweigert: Die Reichsregierung wird alles tun, was in ihren Kräften steht, um auf Vergleiche hinzuwirken.

Abg. Jochims-Thüringen (Soz.): Es ist ausgeschlossen, daß in Thüringen bis zum 30. Juni alle Prozesse, die zwischen Fürsten und Ländern schweben, bis dahin durch Vergleich erledigt werden können. Der Thüringer Landtag wird vorläufig nichts machen können, da erit Verhandlungen zu führen sind, die aber in der Hand der Regierung liegen müssen. Es liegt in Thüringen jedenfalls an den Fürstlichhäusern, wenn keine Verständigung zustande kommt.

Auf die Frage des Genossen Landsberg über die Haltung der preussischen Regierung erklärt Oberfinanzrat Dr. Meyer: An der Ermächtigung des sozialdemokratischen Antrages zur Auseinandersetzung mit den Fürstlichhäusern hat man in Preußen kein Interesse mehr, da der Vergleich mit den Hohenzollern abgeschlossen ist. Falls andere Länder solche Ermächtigung haben wollen, wird die preussische Regierung nicht widersprechen, falls eine Rückwirkung auf bereits abgeschlossene Verträge ausgeschlossen wird. Dagegen hat

Preußen ein großes Interesse an der Erledigung des sozialdemokratischen Antrages, soweit er sich bezieht auf die Regelung der Rente der Standesherrn.

Solche Renten zahlt Preußen jährlich zwei Millionen Mark. Vergleichsverhandlungen sind bisher nicht durchgeführt worden, zum Teil weil die Verhandlungen des Reiches dazwischen kamen. Nach preussischer Auffassung müßte die Rente den Standesherrn teils restlos entzogen, teils wie öffentliche Anleihen behandelt werden. Die preussische Regierung hat der Reichsregierung einen etwas anderen Vorschlag gemacht als der sozialdemokratische Antrag. Preußen müsse aber Wert darauf legen, daß auch die Renten geregelt werden, die an Stadt- und Landgemeinden zu zahlen, aber nicht zeitgemäß sind.

Abg. Brodau (Dem.): Nach dieser Erklärung des preussischen Vertreters muß wenigstens der Teil des sozialdemokratischen Antrages beraten werden, der sich auf die Rente der Standesherrn bezieht. Wir mühen auch eine Erklärung des Thüringer Ministeriums verlangen.

Der Ausschuß beschließt trotz allem mit der Mehrheit des Bürgerblocks Vertagung der Beratung bis Ende Mai.

Alarm!

Die Beschlüsse der Gewerkschaften.

Der Bundesausschuß des ADGB hat auf seiner Tagung mit entschlossenem Griff die Probleme angepackt, von deren Lösung nicht nur die Wiederherstellung normaler Wirtschaftsverhältnisse, von deren Lösung auch die Existenz der gesamten Arbeiterklasse selbst abhängt. Diese Probleme kann man auf folgende einfache Formel zurückführen: „Wie ist es möglich, das Mißverhältnis zwischen der außerordentlich gesteigerten Produktivität und der gesunkenen Kaufkraft zu beseitigen?“

Die verminderte Kaufkraft hat zur Folge, daß sich die Zahl der Arbeitsuchenden noch steigert. Die verminderte Kaufkraft hat weiter zur Folge, daß die Arbeiter auch da, wo ein tariflicher Zwang nicht besteht, genötigt sind, angeforderte Ueberstunden zu leisten. Das Heer der Arbeitslosen wächst somit weiter.

Das deutsche Volk in seiner Gesamtheit wird heute belastet mit der unproduktiven Ausgabe der Unterstützung von zwei Millionen Arbeitslosen. Dazu kommen die gesteigerten Ausgaben der Wohlfahrtspflege. Die vom Reich, den Ländern und den Gemeinden geplanten und unternommenen Notstandsarbeiten sind völlig unzureichend, um diesen unerträglichen Krisenzustand zu beseitigen.

Die Unternehmer haben es sich bisher sehr leicht gemacht. Sie fordern fortgesetzt den Abbau der Soziallasten. Ihre Politik aber ist es, die zur Steigerung dieser Soziallasten führt. Die Unternehmer haben ihre Betriebe rationalisiert, d. h. sie haben sie den technischen Fortschritten, die im Laufe der letzten zwölf Jahre im Ausland und besonders in Nordamerika gemacht wurden, angepaßt. Ueber die Folgen, die eine solche Rationalisierung nach sich ziehen muß, haben sie sich aber keineswegs die Köpfe zerbrochen.

Die Folge der Rationalisierung ist eine außerordentliche Steigerung der Produktivität. Daß eine solche gesteigerte Gütererzeugung auch ihre Käufer finden muß, daran haben die Unternehmer ernsthaft nicht gedacht. Sie haben das Gegenteil von dem getan, was in letzter Situation getan werden mußte. Sie haben eine Verlängerung der Arbeitszeit und eine Herabsetzung der Löhne gefordert.

Mit diesen Forderungen sind sie zum guten Teil auch durchgedrungen. Nach der Erhöhung des Reichsarbeitsministeriums arbeiten heute mehr als die Hälfte der Industriearbeiter länger als acht Stunden. Während der ersten Hälfte des vergangenen Jahres ist es den Unternehmern auch gelungen, in einer Reihe von Berufsgruppen die Löhne und Gehälter abzubauen.

Die Folge der gesteigerten Produktivität im Verein mit der verlängerten Arbeitszeit und den stabil gebliebenen oder herabgesetzten Löhnen war eine außerordentliche Verschärfung der Krise, die durch die Zufallskonjunktur des englischen Streiks nur ganz vorübergehend etwas gemildert wurde. Heute besteht die Krise in aller Schärfe. Das Anormale dieser Krise besteht darin, daß die Unternehmungen, wenigstens soweit die mittleren und Großbetriebe in Betracht kommen, trotz der Krise sich ausgezeichnet rentieren.

Hier ist die Ursache des verbissenen Widerstandes der Unternehmer gegen jede ernsthafte Bekämpfung der fürchterlichen Krise, die Millionen von Arbeitern, Angestellten und deren Familien zu einem unerträglichen Elendsdasein verurteilt und gleichzeitig den Staat außerordentlich belastet. Gestützt auf den Widerstand der Unternehmer und getrieben von ihm, haben bisher weder die Regierung noch der Reichstag irgendwelche ernsthafte Maßnahmen getroffen, um diese unerträglichen Zustände zu beseitigen. Die Gewerkschaften und die Sozialdemokratische Partei haben wiederholt eingehende konkrete Vorschläge zur Beseitigung der Krise gemacht. Alle diese Vorschläge sind entweder unbeachtet geblieben oder von der Regierung und dem Reichstag so verhäffert worden, daß sie wirkungslos blieben.

Die Gewerkschaften sehen sich also in die Zwangslage versetzt, von sich aus den Versuch zu machen, die Probleme zu lösen, denen die Regierung aus dem Wege geht und deren Lösung sich die Unternehmer in verhängnisvoller Kurzsichtigkeit entgegenstellen.

Wenn das Mißverhältnis zwischen Produktivität und Kaufkraft behoben werden soll, dann müssen die Löhne und Gehälter der gesteigerten Produktivität angepaßt, entsprechend erhöht werden. Trotz der ungeheuren Arbeitslosigkeit haben es die Gewerkschaften also unternommen, einen energischen Feldzug zur Erhöhung der Löhne einzuleiten. Wir sind erst am Beginn dieses Feldzuges, der der Arbeiterklasse schon die ersten, wenn auch durchaus ungenügenden Erfolge gebracht hat.

Diese Erfolge werden immer abhängen von der Kraft der Gewerkschaftsorganisationen und von der Entschlossenheit der Mitglieder, die Einbehrungen auf sich zu nehmen, die die Führung solcher Kämpfe im Geiste hat. In Zeiten großer Arbeitslosigkeit sind solche Kämpfe besonders schwer zu führen. Die günstige Lage, in der sich ein sehr großer Teil der Unternehmungen befindet, erleichtert und erschwert gleichzeitig die Führung solcher Kämpfe. Sie erleichtert sie, weil die Unternehmer durchaus in der Lage sind, die Löhne zu erhöhen, ohne die Rentabilität ihrer Betriebe in Frage zu stellen; sie erschwert sie aber, weil die Unternehmer bei guter finanzieller Lage widerstandsfähiger sind.

Dieser Feldzug zur Erhöhung der Kaufkraft der Arbeitermassen, von der in einem Industriefaust wie Deutschland die

Polen und die Sowjet-Granaten.

Vor dem Auswärtigen Ausschuss.

Der Auswärtige Ausschuss des Reichstages wählte heute an Stelle des zum Justizminister ernannten Abg. Hergt den Abg. Wallraf (Dnat.) zu seinem Vorsitzenden. In Abwesenheit Wallrafs wurde die Sitzung von dem stellvertretenden Vorsitzenden Hermann Müller (Soz.) geleitet. Dieser teilte mit, daß der Reichswehrminister gestern im Haushaltsausschuß erklärt habe, die Frage der Munitionsbeschaffung aus Rußland gehöre nicht dorthin, sondern in den Auswärtigen Ausschuss. Er werde sich darum mit Herrn Gehler wegen einer Sitzung des Auswärtigen Ausschusses über diese Frage ins Benehmen setzen. (Die Sitzung dürfte anfangs der nächsten Woche stattfinden. Red. d. „Vorwärts“.) Sodann erstattete in Vertretung des auf Urlaub befindlichen Reichsaußenministers Staatssekretär v. Schubert Bericht über die Vorgänge, die zur Ausföhrung der deutsch-polnischen Vertragsverhandlungen geführt haben. In der Debatte sprachen zunächst Breitscheid (Soz.), Ullrich (Z.), v. Rheinbaben (Sp.) und Dernburg (Dem.).

Osten-Warnig bestreitet.

Erklärung gegen den Landarbeiter Grasse.

Zu Beginn der heutigen Landtagssitzung gab der Abgeordnete v. d. Osten (Dnat.) zu dem im „Vorwärts“ veröffentlichten „offenen Brief“ des Landarbeiters Ernst Grasse an den Reichstagsabg. Dr. Marx eine Erklärung außerhalb der Tagesordnung ab, in der er ausführte, daß er auf die Vorwürfe, die Grasse gegen ihn erhoben hätte und die von ihm bereits früher richtig gestellt seien, gegen Grasse strafrechtliche Verfolgung einleiten werde. Obwohl Grasse ihm als Mitglied der Sozialdemokratischen Partei bekannt gewesen sei, sei er von ihm nicht gemahnt, sondern sogar noch dauernd unterstützt worden. Seine Entlassung sei unter Wahrung der gesetzlichen Fristen und Formen erfolgt. Er habe niemals eine eigene Kuh besessen, diese sei ihm von der Gutsverwaltung unentgeltlich gestellt worden. Er sei auch nicht durch die Kündigung in Rot geraten, sondern sei auch fernerhin als „sogenannter“ freier Arbeiter von der Gutsverwaltung weiter beschäftigt worden, bis er im Frühjahr 1926 sein Arbeitsverhältnis ohne Kündigung selbst gelöst hätte.

Darauf tritt das Haus in die Tagesordnung ein. Nach Erledigung einiger kleiner Vorfragen erfolgt die Fortsetzung der zweiten Beratung der Gewerbesteuer für 1927.

Bei Redaktionschluss ergriff der Finanzminister Hoepfer, Lichoff das Wort.

Kaufkraft der Mittelschichten abhängt, dieser Feldzug würde jagenslos sein, wenn nicht gleichzeitig damit der Kampf um die Verkürzung der Arbeitszeit verbunden wäre.

Es ist eine Heuchelei sondergleichen der Unternehmer, wenn sie behaupten, daß sie ohne eine verlängerte Arbeitszeit nicht auskommen könnten. Während der ersten Jahre nach dem Kriege war der Achtstundentag in Deutschland allgemeingültiges Gesetz. Kein Unternehmer ist damals an dem Achtstundentag zugrunde gegangen, obwohl die allgemeine Wirtschaftslage Deutschlands eine viel schlechtere war als heute und obwohl die Unternehmungen damals technisch bei weitem nicht auf der Höhe waren. In den ernsthaft in Betracht kommenden Konkurrenzländern ist der Achtstundentag die allgemeine Regel. Nur in Deutschland soll es nach Meinung der Unternehmer nicht möglich sein, den Achtstundentag durchzuführen.

Die Regierung hat sich so sehr auf die Seite der Unternehmer gestellt, daß sie in der Arbeitszeit Schiedsprüche für verbindlich erklärt oder durch ihre nachgeordneten Schlichtungsinstanzen erklären läßt, die den Achtstundentag glatt aufheben und es in das Belieben des Unternehmers stellen, Ueberstunden anzuordnen, ohne daß den Behörden oder den Vertretern der Arbeiterschaft der Nachweis erbracht zu werden braucht, daß die Verlängerung der Arbeitszeit notwendig ist. Damit wird nicht nur praktisch in Deutschland der Achtstundentag oder der Zehnstundentag eingeführt, es wird der Arbeiterschaft einfach unmöglich gemacht, von den ihr verfassungsmäßig zustehenden Rechten einen wirksamen Gebrauch zu machen.

Der Bundesauschuss des ADGB hat dazu klipp und klar erklärt, daß dieser Mißbrauch des Schlichtungsverfahrens von den Gewerkschaften nicht länger ertragen werden kann. Er hat besonders in dem konkreten Falle der Leipziger Metallarbeiter und der Androhung der Aussperrung der gesamten Metallarbeiter Sachsens angekündigt, daß er sich neue Beschlüsse vorbehält, falls der Kampf größere Ausdehnung annehmen sollte.

In seiner Entschliebung zum Entwurf des Arbeitsschutzgesetzes hat der Bundesauschuss nochmals ausdrücklich darauf hingewiesen, daß die Regelung der Arbeitszeit nicht Zwangsschiedsprüchen unterworfen werden darf. Wenn die Arbeitszeit gesetzlich festgelegt ist, dann darf eine Abweichung davon nur im Einverständnis beider Parteien vereinbart werden. Andernfalls ist jede gesetzliche Regelung mit toter Buchstabe.

Wenn die Gewerkschaften es auf sich haben nehmen müssen, das schwere Problem der deutschen Wirtschaftskrise zu einer Lösung zu bringen, weil die Unternehmer, statt die Krise zu bekämpfen, sie durch ihre kurzfristige Lohn- und Arbeitszeitpolitik noch verschärfen und weil die Regierung die Unternehmer in ihrer Haltung noch bestärkt, dann müssen die Gewerkschaften es sich aber ganz energisch verbitten, daß man ihren Kampf durch Zwangsschiedsprüche einfach zu inhibieren versucht.

Die Gewerkschaften sind gegen den Widerstand der Unternehmer und der öffentlichen Gewalten entstanden und in schweren Kämpfen gewachsen. Sie werden auch gegen die Zwangsschiedsprüche sich zur Wehr zu setzen wissen. Sie werden aber, wenn die Schlichtungsbehörden auf dem betretenen Weg fortzuschreiten, gezwungen sein, zu Mitteln zu greifen, die nicht nur das gesamte Schlichtungsverfahren in Gefahr bringen könnten.

Die Gewerkschaften rufen die gesamte Arbeiterschaft auf, zusammenzutreten und den Sieg zu sichern, indem sie die Gewerkschaftsorganisationen so stark macht, daß sie alle Widerstände überwinden können. Die Beschlüsse des Bundesauschusses des ADGB sind ein Alarmruf, der gleichermaßen für die Regierung, für die Unternehmer und für die Arbeiterklasse selbst gilt.

Widerlegung des Sozialismus.

Von Hans Bauer.

Die Marxisten sind wieder mal heilig an Werke. Um sie herum es aus ihrer Feder. Die Widerlegungen türmen sich. Die Nachweise, daß erstens der Sozialismus seit langem tot ist, daß es zweitens mit ihm unaufrichtig zu Ende geht und daß drittens seine neuerlichen Erfolge der Logik der Dinge widersprechen, die stützen nur so daher. Der Denker schwelgt tropft. Die Gehirne dampfen. Ja, fragt man da verwundert, wieso machen sie es sich so schwer, die Herren Kritiker, die nationalökonomischen Phänomene? Da stellen sie diese Thejen auf, polken Marx auseinander und rücken mit schwerstem Wissensgeschütz an. Das ist ja alles ganz hübsch, aber warum denn in die Ferne der prinzipiellen Auseinandersetzungen schweifen, wenn das Gute des handgreiflichen Beispiels so nahe liegt!

Zu Meerane im Sachsenland lebt ein schlichtes Mädchen namens Marie Draxdorf, eine einfache Hausangestellte, die von einem in Amerika verstorbenen Onkel plötzlich 20 Millionen geerbt hat. Gestrichen wie sie aus der Fülle ihrer Klassengenossinnen heraus und prüfen wir ihren Fall auf die Wahrheit der vorgebrachten Behauptungen hin. Da wird etwa in proletarischen Unterhaltungen oft über schlechte Behandlung und üble Nachrede geklagt, die die Herrschaften ihren Diensthunden angedeihen lassen. Davon kann im konkreten Fall der Marie Draxdorf nicht die geringste Rede sein. Ihre Herrschaft spricht nur im allerbesten Sinn über sie, nennt sie ein „arbeitsames, fleißiges, tüchtiges Mädchen“ und ist keineswegs gesonnen, irgend etwas auf sie kommen zu lassen. Die Herrschaft lebt in bestem Einvernehmen mit ihrer Untergebenen, ist durchaus willens, sie als Familienmitglied zu betrachten, und es liegt nur an ihr, wenn sie mit ihrer Herrschaft nicht lauschen will. Aber auch andere Kreise, denen die sozialistische Hege gern die Betätigung hochmütigen Raffengestes gegen niedere soziale Schichten unterstellt, haben ihre Bourgeoisigkeit im besten Sinne gezeigt. Dillzere, Grafen, Rittergutsbesitzer sind sich nicht zu gut für das schlichte Mädchen aus dem Volke. Alle Ueberheblichkeit liegt ihnen weit fern. Sie nahen sich ihr ohne alle Hoffart und ohne törichten Standeshöflichkeit, verschmähen es nicht, um ihre Hand anzuhalten, und ihre Korrespondenz mit ihr ist ganz auf den Tonfall der Gleichgültigkeit gestimmt. Welch eine erfreuliche Verleugnung sozialer Abstände! muß man angesichts solcher Tatsachen ausrufen. Fürwahr, die gute Gesellschaft ist nicht so, wie der Ruf, der ihr nachgeht. Man steht es so, daß sie gar nicht daran denkt, sich an niederen Herkommen zu hoch, daß sie durchaus geneigt ist, auch im Dienstboten den Mitmenschen zu achten, und daß ihre Herzensneigungen spielend den Bildungswiderräumen und selbst die Blutmischungen zu überbrücken vermögen.

Ueberhaupt ist ja die Welt viel besser, als marxistischer Pessimismus sie hinstellen beliebt. Der Marie Draxdorf ist es selber

Arbeiten und dienen!

Die Parole des Reichsministers Wilhelm Koch.

Wir haben geglaubt, den Deutschnationalen, ihrem neuen Verkehrsminister Wilhelm Koch und dem gesamten Besitzbürgerblock einen Dienst zu erweisen, als wir die Parole Kochs an die deutschnationalen Stahlhelmer-Arbeiter: „Arbeiten und dienen!“ auch wirklich den breiten Arbeitermassen zur Kenntnis brachten.

Heute aber erfahren wir durch die deutschnationale Parteikorrespondenz (DNZ.), daß es sich um eine „niederträchtige Fälschung des „Vorwärts“ handele. Die „unglaublich freche Art der Fälschung“ verrate unsere „grimme Pein“ über die große Versammlung der Gelben und Stahlhelmer. In Wirklichkeit habe Herr Koch nicht vom „Dienen“, sondern vom „Verdienen“ gesprochen. Die Beglückung der Vorwärts bedeute eine besondere Insanität und so weiter.

Angeichts so gerichmetender Vorwürfe müssen wir ein Geständnis machen: Wir haben den betreffenden Satz aus der Rede Kochs vorsichtshalber aus einem so deutschnational-zuverlässigen Blatt wie dem „Reichsboten“ entnommen, der über die Rundgebung einen seitenlangen Bericht mit großen fetten Schlagzeilen veröffentlichte. Dort hieß es schrift- und buchstabengetreu:

Auch vom Gesichtspunkte der Sozialdemokratie müßte diese Regierung begrüßt werden, da ja die für die Arbeiter so wichtigen Ressorts von Ministern besetzt sind, welche auch Koalitionsgenossen der preussischen Regierung sind.

Arbeiten und dienen

ist zunächst das, was die deutsche Arbeiterschaft braucht. Die Regierung ist sich darüber ganz klar, daß insbesondere der wirtschaftliche Aufschwung der Bergangeheit nur möglich war durch die enge Zusammenarbeit von Arbeitgeber und Arbeitnehmer.

weil der deutsche Aufstieg nur möglich ist durch die Einigkeit, wenn kein Stand-herabgezogen wird. Versprechungen sind schon viele gemacht, gehalten sind wenige. Diese Reichsregierung verspricht nichts weiter als ihre Pflicht zu tun!

Wo steckt nun die Fälschung? Steht da nicht ganz deutlich und vollkommen sinngemäß, daß die deutsche Arbeiterschaft „arbeiten und dienen“ soll? Es ist ja begreiflich, daß man dies harte Wort, das über dem Bürgerblock schweben bleiben wird, jetzt als „Fälschung“ bezeichnen möchte. Aber wenn schon gefälscht wurde, dann müßten sich Herr Koch und seine Freunde an den ihnen geistesverwandten „Reichsboten“ wenden, nicht aber an den „Vorwärts“!

Stauffenberg, der stolze Ritter.

Er nimmt von den Bauern und beschimpft sie.

Der stolze Ritter von Stauffenberg hat mit der de- und wehmütigen Umdeutung seiner im Meinungsaustrausch mit dem Staatspräsidenten Basile loggelassenen Schimpfepistel über das Zentrum die Erklärung verbunden, daß er es ablehne, die ihm von den Zentrumsbauern übertragenen Ehrenämter bei wirtschaftlichen Unternehmungen und Organisationen niederzulegen. Er hat diese Erklärung damit begründet, daß sich aus seinen Ämtern nicht nur Rechte, sondern auch Pflichten ergeben, denen er sich nicht entziehen werde.

Diese Begründung ist nicht von ungefähr; denn dem Rittergutsbesitzer Freiherrn v. Stauffenberg stehen aus seinen „Ehrenämtern“ sehr ansehnliche Einnahmen zu. So ist er z. B. auf Grund des Vertrauens der Zentrumsbauern Mitglied des Deutschen Aufsichtsrates der Norddeutschen Hagelversicherungsgesellschaft. Als solcher erhält er neben einer eleganten freien Wohnung im Gebäude dieser Gesellschaft in Berlin, die er als

Reichstagsabgeordneter bewohnt, eine jährliche Entschädigung von 25 000 M. angegeben wird. Der Pflicht, für die Teilnahme an wenigen Sitzungen jährlich diese 25 000 M. zu erheben, will sich Herr von Stauffenberg nicht entziehen. Es fragt sich nur, was die württembergische Bauernschaft zu diesem Pflichtbewußtsein sagt.

Die gesamte Kleinbauernschaft, die ihre Lauer aufgebracht Hagelversicherungsprämien der genannten Gesellschaft zufließt, wird es aber auch interessieren, daß neben dem Freiherrn v. Stauffenberg noch 12 Großgrundbesitzer mit den gleichen Bezügen im Aufsichtsrat sitzen. Darunter befinden sich 5 Rittergutsbesitzer, 1 Majoratsbesitzer, mehrere Defononierate, aber nicht ein einziger schaffender Bauer.

Vanderveldes „Einnischung“.

„Tägliche Rundschau“ und „Deutsche Tageszeitung“ mit ihm unzufrieden.

Vanderveldes Worte der Sorge um den Rechtskurs in Deutschland haben den Protest sowohl der „Täglichen Rundschau“ wie auch der „Deutschen Tageszeitung“ hervorgerufen. Besonders das erstgenannte Blatt, das noch immer im Ausland — man weiß nicht, ob zu Recht oder Unrecht — als das Sprachrohr des auswärtigen Amtes und namentlich Dr. Stresemanns gilt, wendet sich gegen die angebliche „Einnischung“ in die inneren Verhältnisse Deutschlands. Die „Tägliche Rundschau“ führt Vanderveldes Sproche auf die „Denunziationen“ der deutschen Sozialdemokratie zurück. Mit dieser plumpen und gehässigen Ausrede wird man aber doch nicht die Tatsachen aus der Welt schaffen können, daß die Deutschnationalen bisher jede Verständigungspolitik bekämpft haben, einschließlich der Locarno-Verträge und des Eintritts Deutschlands in den Völkerbund. Das ist eine Tatsache, deren Bedeutung sich die Reichsregierung so sehr bewußt ist, daß gerade Dr. Stresemann sich wiederholt bemüht hat, in Interviews für ausländische Blätter zu versichern, daß durch den Eintritt der Deutschnationalen in das Reichskabinett sich nichts an der deutschen Außenpolitik ändern würde. Wenn es den Staatsmännern des Auslandes vermehrt sein sollte, sich für diese Frage zu interessieren, dann wären auch diese an das Ausland gerichteten Versicherungen des Reichsaussenministers überflüssig gewesen. Durch seine Interviews an die „Times“ usw. hat Stresemann vielmehr anerkannt, daß das Ausland berechtigt ist, sich über diese immerhin nicht unwichtige Frage den Kopf zu zerbrechen.

Ran hat sich Vandervelde durch die Beteuerungen Stresemanns, daß die Deutschnationalen nunmehr ganz andere Leute geworden seien, nicht ganz überzeugen lassen. Er bleibt skeptisch. Das ist sein gutes Recht. Er spricht es aus. Das ist seine Pflicht. Denn es wäre dem deutschen Volke damit nicht gedient, wenn die Staatsmänner des Auslandes innerlich dem Rechtskurs in Deutschland mißtrauen und dementsprechend handeln, aber es der Öffentlichkeit verschweigen. Das waren die unehrlichen Methoden der alten Diplomatie aller Länder und diese diplomatischen Traditionen, die ein gut Teil Schuld am Ausbruch des Weltkrieges tragen, müssen ausgerottet werden.

Auch wir sind gegen eine „Einnischung“, die sich darin äußert, daß eine Regierung durch irgendwelche Druckmittel das innerpolitische Selbstbestimmungsrecht eines anderen Volkes beeinträchtigt. Das ist aber im Laufe der Krise von keiner Seite geschehen. Aber nachdem die freie Entscheidung der Parteien gefallen ist, ist es das gute Recht und die Pflicht der ausländischen Staatsmänner, offen auszusprechen, was sie darüber denken. Das gleiche Recht nehmen auch wir in Anspruch gegenüber dem Auslande. Gelegt z. B. den Fall, daß morgen in Polen die faschistischen, extrem-deutscheindlichen Elemente unter Führung von Dmowski und Trampczynski völlig die Oberhand über die gemäßigten Richtungen gewinnen würden, dann wäre es Recht und Pflicht Dr. Stresemanns, von der Tribüne des Reichstages aus, auf die Gefahren einer solchen Wendung für die Zukunft der deutsch-polnischen Beziehungen eindringlich aufmerksam zu machen. Das wäre dann ebensowenig eine „Einnischung“ wie die letzte Rede Vanderveldes.

Die Herzogin als Erdbebenherd. Das gewaltige Erdbeben in der Herzogin ist für den Geologen keine Ueberbahrung, denn die Herzogin befindet sich in der Nähe des gemäßigten Meeres, der in Europa die Erde durchzieht. Die Vulkanwelt Italiens und Siziliens ist ein Zeugnis dafür, daß erst nach der Kreidezeit sich hier Land gebildet hat, das noch nicht zur Ruhe gekommen ist. Die Alpenkette, die sich hier anschließt, ist seit dieser Zeit von Erdbeben aller Art bedroht, da die Erde unausgeseht bestrahlt ist, den Riß an dieser Stelle zu tilgen. Die Herzogin ist besonders durch ihre Neigung zu Erdbeben ausgezeichnet. Hier hebt der Boden sehr häufig, wenn es auch nicht immer zu Katastrophen kommt, wie in den letzten Tagen, wo die Bewegung einen größeren Umfang angenommen hat. Auch die ganzen benachbarten Gebiete sind als Erdbebenherde umfangreicher Art anzusehen. Bemerkenswert ist auch der Zeitpunkt, zu dem dieses Erdbeben erfolgte, nämlich der Winter. Erfahrungsmäßig ist der Winter eine den Erdbeben sehr günstige Jahreszeit. Professor Wexler in Basel hatte schon vor 70 Jahren nachgewiesen, daß die Erderschütterungen im Winter weit öfter auftreten als im Sommer. In der Alpenregion, wo es keine feuerfpeien Berge gibt, ist der Unterschied zwischen dem im Winter und dem im Sommer verpürzten Bodensubstitutionen erheblich: Er doch konstatiert worden, daß vom Dezember bis März dreimal soviel Erdstöße vorgekommen sind, wie vom Mai bis zum August. Ueber die Beziehungen, welche Jahreszeit und Erdbebenhäufigkeit verbinden, sind die Gründe nicht bekannt. Ebensovien weiß man näheres darüber, welchen Einfluß der Mond und die Sonne auf Erdbeben haben, obwohl man in diesem Erdbeben eine Fortsetzung der Katastrophen sehen kann, die auf den Einfluß der Sonnenflecken zurückzuführen sind.

Der russische Dichter S. Juschlewitsch ist am 12. Februar in Paris einem Herzschlag erlegen. Im Jahre 1870 in Odesa geboren, trat er in der Mitte der neunziger Jahre, mit Gorki, Andrejew und anderen in der literarischen Arena auf. Seine Novellen und Dramen spiegeln zum größten Teil das Leben, die Not und den Kampf um die Existenz der russischen Juden, insbesondere der jüdischen Armut, wider. Zahlreiche Werke von Juschlewitsch sind in europäische Sprachen überetzt worden. In deutscher Uebersetzung sind besonders bekannt geworden „Leo Dren“ und „Episoden“. (Einige seiner Erzählungen erschienen auch im „Vorwärts“.) Juschlewitsch hatte auch mit seinen Dramen beträchtlichen Erfolg.

Schung des 40jährigen Prof. Böcher. Zum 40. Geburtstag des Prof. Böcher in Leipzig von Ueberscher Guldmanstiftungsamt ein. Mehrere deutsche Universitäten haben aus Anlaß des Jubiläumstages Prof. Böcher die Doktorwürde ehrenhalber verliehen.

Konzerthaus. Sonntag abend 8 Uhr, Konzert im Konzerthaus - Saal des Berliner Sinfonie-Orchesters unter Leitung des Berliner Kapellmeisters, Dirigent: Carl Singer. Programm u. a. Mozart: Requiem.

Prof. Sellings Vortrag über „Kullib und Charakter“, der hier gestern abgehalten wurde, findet erst Mittwoch, den 23. Februar, im Schaubertsaal, Bölowitz, statt.

Säbelschläger (Möde in Germanen). Unter diesem Titel findet am 26. in den Räumen der Vereinigten Staatsbibliothek, Gartenstraße 33, das diesjährige große Kullibschloß der Elbischen Kullib. Kartenvorverkauf täglich von 11-5 Uhr nachmittags, Gartenstraße 33.

„Der Jarewitsch“ im Deutschen Künstlertheater.

Zu dieser beifällig aufgenommenen Operette Behärs ist prinzipiell manches und dies zu bemerken: Wenn wir zur Operette gehen, wollen wir in Ruhe kommen, wollen lachen, tänzerisch gestimmt werden, Trübsal entlassen. Im „Jarewitsch“ lacht man nicht, wird man keine Sorge los, bleibt man ernst gestimmt. Das kommt, weil durch Lauber das musikalische Niveau gehoben und gegen den Operettentypus in Oper gemacht wird. Der Jarewitsch, abgeschlossen von der Welt, lernt in der eingeschmuggelten Tänzerin Sonja „das“ Weib kennen, liebt sie, verweigert dem Jaren, der ihn mit einer Prinzessin verheiratet will, den Gehorsam, wird von der opferwilligen Sonja freigegeben, zum Jaren ausgerufen. Das ist ein Stoff für die Romanschreibstillerin Japolska gewesen, wird aber nie ein Operettentypus, zu dem die Staatsaktion gemacht wird (von Jenbach und Reichert). Der Lokal allein (Heidemann) hat zudem wirkliche Operettenstimmung und verdrängt sie. Lauber singt verführerisch gut, in den besten Variationen der opernmäßigen Ueberlegtheit, etwas eitel, aber intelligent. Seinen Hauptschlager „Wißt du“ säufelt, singt, schmettert, kassettiert er fünfmal. Das ist eine Terrorisierung der Majorität des Publikums durch eine auch sonst aufdringliche elegante Claque. Im übrigen ist Lauber überhaupt der Herr des Hauses, der das Theater im Theater inszeniert, Beifall kommandiert, den Komponisten begrüßt und ruft. Sod aussteht auch für die anderen. Dieser wertvolle Künstler sollte Stimmen gegenüber, die ihn um eine kleine Zurückhaltung bitten, kein Lauber bleiben. Rita Georg spielte mit Herzlichkeit, durch die eine gesunde Natur drang; das Größte scheint ihr gut zu liegen, wenigstens im Tänzerischen. Selbst der Riß wurde von ihr vornehm gemacht. Ein kommendes Talent. Behär hat komponiert, was ihm vorgelegt wurde, also mehr Sentimentalität und Nahrung als Lachen und Freude. Alles höchst fein, klingend, gut ertunden, opert in den russischen Tanzformen und dem weichen Volkslied. Dem lustigen Paar Heidemann-Anders aber hätte er mehr zu tun geben müssen. Es wäre heiterer geworden.

A. E.

Bricht England mit der Sowjetunion? Eine Wahlparole gesucht!

Das Londoner Kabinett beriet gestern über die Beziehungen mit der Sowjetunion. Es vertagte sich auf heute, weil es zu einem Beschluß nicht gelangte. Die „Diehards“, die konservativen Hartköpfe, an ihrer Spitze Churchill und Birkenhead, fordern den Abbruch der Beziehungen; England müsse die Sowjetpropaganda energisch bekämpfen. Chamberlain und Baldwin dagegen wollen die Beziehung aufrechterhalten; sie erwarten von dem Abbruch nur eine Schädigung der Ausfuhr nach Rußland und eine Verschärfung der antientengischen Propaganda.

Der Ausgang des Kampfes innerhalb des englischen Kabinetts ist noch ungewiß. Jetzt sind die Aussichten der „Hartköpfe“ gestiegen. Das liegt nicht etwa daran, daß sich die internationale Lage wesentlich verändert hätte. Im Gegenteil bemüht sich die Sowjetunion eher darum, mit England auf gutem Fuß zu bleiben. Litwinows letzte Rede war ein überraschendes Beispiel dafür; war er doch so weit gegangen, der Kuomintang es nahezu legen, sich auf die englischen Vorschläge einzulassen. Es handelt sich bei einem Abbruch mit Rußland darum, eine zugkräftige Wahlparole zu finden. Da die Regierung in ihrer Wirtschaftspolitik so völlig verlagert hat und fürchten muß, in China noch weitere schwere Niederlagen zu erleiden, sucht sie nach einem Schuldigen, auf den sie die Verantwortung abwälzen kann. Dieser Schuldige soll der Bolschewismus sein. Die Demagogen unter den Konservativen hoffen, mit dem Wahlslogan gegen den Kommunismus sich gegen die Arbeiterpartei zu behaupten. Aber es ist zu bezweifeln, ob es ihnen zum zweitenmal gelingen würde, mit dieser Parole zu siegen. Die Nachwahlsieger unserer Genossen haben gezeigt, daß das Land sich von den Konservativen wegen ihrer Unfähigkeit abwendet. Versuchen sie es zum zweitenmal mit dieser verlogenen Parole, so kann es sein, daß sie ins Gegenteil umschlagen und die Niederlage um so verheerender wird. Auf jeden Fall aber spekuliert die englische Reaktion darauf, daß sie mit einem Wahlkampf gegen die Kommunisten die Partei der englischen Arbeiterschaft trifft.

Kanton auf dem Vormarsch.

Hangtschau vor dem Fall.

London, 17. Februar. (W.B.) Nach einer Reuter-Meldung aus Schanghai bestätigt es sich, daß General Suntschuanjang in der Provinz Tschanghai einen größeren Rückschlag erlitten hat und bis dicht an Hangtschau zurückgedrängt worden ist, dessen Fall für unmittelbar bevorstehend gehalten wird. Allen Anzeichen nach sind die Truppen Suntschuanjangs dem Gegner noch zahlenmäßig überlegen, aber augenscheinlich hat eine Demoralisation eingesetzt, und nach zahlreichen Meldungen beginnen Abteilungen seiner Armee zur Südmaree überzugehen. Die Hauptmasse seiner Streitkräfte hat anscheinend westlich von Hangtschau eine letzte Verteidigungseinstellung bezogen.

Hangtschau ist die nächste große Hafenstadt südlich von Schanghai, nur 150 Kilometer von diesem entfernt. Sie zählt 900 000 Einwohner. Der Fall dieses großen, 1893 geöffneter „Vertragshafens“ wäre das Vorbild zur Einnahme Schanghai selbst.

Siegesfeier — vor der Niederlage.

London, 17. Februar. (W.B.) General Suntschuanjang hat den amerikanischen Vorschlag einer Neutralisierung Schanghai abgelehnt. Der Vorschlag des Präsidenten Coolidge ist zweifellos ein gegeben von dem aufrichtigen Wunsch, China zu helfen und weitere Verbrechen der Revolutionäre zu vermeiden. Aber leider ist Coolidge über die hiesigen Verhältnisse nicht unterrichtet worden. Schanghai ist ein riesiges Gebiet, für dessen Frieden und Ordnung ich voll verantwortlich bin. Die Stärke meiner neu organisierten Heere ist nicht nur ausreichend, um Frieden und Ordnung in Schanghai aufrechtzuerhalten, sondern auch ausreichend, um meine Pläne einer Zurückeroberung der Provinz Kiangsi durchzuführen. General Tschangtschun, mit dem ich zusammenarbeite, rückt vor, um die Kantone anzugreifen. Der Bolschewismus in China muß wie die Pest bekämpft werden. Unsere Pläne werden uns gelingen.

Kanton, 16. Februar. (Chines. Agentur.) General Jusanti, ein Unterführer des Marschalls v. Suntschuanjang, ist mit seinen Truppen südlich von der Provinz Anhui zur Kuomintang übergegangen. Die Armee des Generals Jusanti marschiert gegen Hanking und greift die dortigen Resttruppen von Suntschuanjang an.

Von der Nationalregierung ist ein Ministerium für Industrie und Handel gegründet worden. Kung Kuangtschi ist zum Handelsminister ernannt.

v. Kähne jun. vor Gericht.

Ein vielfach vorbestrafter märkischer Junker.

Herr v. Kähne jun. hatte sich heute vor dem Schöffengericht Potsdam unter Vorsitz von Landgerichtsdirektor Westerkamp wegen des Vorfalls bei Mittelbusch bei Pochow am 23. Januar d. J. zu verantworten, der zwischen ihm und seinem Schwager, dem Unteroffizier Schröder von der 4. Maschinengewehrkompanie des Potsdamer Infanterieregiments 2, einerseits und mehreren Ausflüglern andererseits entstanden war und in dessen Verlauf es von beiden Seiten zu Tätlichkeiten gekommen sein soll.

Es handelt sich um zwei getrennte Anklagen. In dem ersten Fall ist Kähne jun. allein der Körperverletzung mittels eines gefährlichen Werkzeuges an dem Klempner Walter Jante angeklagt. Der Angeklagte Kähne, der auf dem Gut seines Vaters den Vorkursch ausübt, gab an, daß er an jenem Tage mit seinem Schwager Schröder auf den Scheibenstand gegangen sei, um zwei Gewehre einzuschleichen. Dabei habe er Stimmen aus dem Walde gehört, habe zuerst seinen Schwager hingeschickt, um nachzugehen, und sei schließlich selbst mit dem Scheibenanleger Müller dorthin gegangen, wo er einen jungen Menschen, nämlich Jante, und ein Mädchen aus dem Walde kommen sah. Auf seinen Anruf seien die beiden nicht herangeblieben, worauf er ihnen bis zur Straße nachgelaufen sei. Er habe sie schließlich zur Rede gestellt, wie sie dazu kämen, auf einen Weg, der ausdrücklich als verboten bezeichnet sei, zu gehen, und weshalb sie aus dem Anruf des Forstschutzwachmanns nicht herangeblieben seien. Dabei habe er Jante ein paar Mal abgeschüttelt und dabei müsse sich dieser, wie Kähne erklärte, ein paar Mal „gestoßen“ haben. Er bemerkte hierzu, daß sich in dieser Gegend ein Wandersperber heimlich befinde, dessen Besucher wiederholt auf dem Weg seines Vaters Unzucht und Unzucht getrieben hätten. Jungen und Mädchen seien manchmal spitternachts herumgelaufen. Sie hätten allein im letzten Sommer sieben solcher Fälle festgestellt. Schließlich sei dann auch sein Schwager Schröder hinzugekommen und habe mit den Worten: „Run aber raus!“ eingegriffen. Auf den Vorhalt des Vorsitzenden, daß nach dem Tode des Arztes Jante Spuren von Stößen aufwies, meinte Kähne, das könne wohl nicht sein. Wenn einer auf die getretenen Wagenspuren falle, dann bekomme er schon genügend blaue Flecke. Mit dem Stock habe er nicht geschlagen.

25 Jahre Hoch- und Untergrundbahn.

Am 18. Februar sind 25 Jahre vergangen, seitdem die erste Schnellbahnstrecke in Berlin dem öffentlichen Verkehr übergeben wurde. Die eigentliche Geschichte der elektrischen Hoch- und Untergrundbahn in Berlin reicht aber bis in das Jahr 1880 zurück. Die damaligen Vorschläge Werner von Siemens, im Zuge der Friedrich- und Leipziger Straße schmalspurige elektrische Hochbahnen zu erbauen, schlossen sich an die Vorfürhrung einer elektrischen Versuchsbahn auf der Berliner Gewerbeanstellung im Jahre 1879 an. Wenn diese Pläne auch nicht zur Ausführung kamen, so wurde doch der Grundgedanke von der Firma Siemens u. Halske ständig weiterverfolgt. Im Jahre 1881 legte sie dem Ministerium der öffentlichen Arbeiten ein Reich elektrischer Hoch- und Untergrundbahnen vor und empfahl zunächst eine in der Südhälfte Berlins von Ost nach West führende Hochbahn zur Ausführung. Im Jahre 1885 wurde die Genehmigung für eine Bahn von der Warschauer Brücke zum Zoologischen Garten mit einer als Untergrundbahn endigenden Abzweigung zum Potsdamer Platz erteilt. Zur wirtschaftlichen Durchführung dieser Pläne wurde im März 1887 von der Firma Siemens u. Halske und der Deutschen Bank die Hochbahngesellschaft begründet.

Der Bau der ersten Schnellbahnstrecke

begann im Jahre 1896 in der Giesbener Straße. Nach mannigfachen Schwierigkeiten, die besonders die Ausführung der Weststrecke als Untergrundbahn und die hierfür notwendige Kampfanlage betrafen, konnte nach 5 1/2-jähriger Bauzeit die erste 6,4 Kilometer lange Teilstrecke vom Stralauer Tor bis zum Potsdamer Platz unter lebhafter Anteilnahme der Berliner Bevölkerung dem öffentlichen Betrieb übergeben werden. Im März des gleichen Jahres folgte die Strecke Potsdamer Platz—Zoologischer Garten, im August die Strecke Stralauer Tor—Warschauer Brücke und im Dezember die Endstrecke Zoologischer Garten—Anie. Die Länge dieses 1902 eröffneten Reges betrug zusammen 11,2 Kilometer. Zwischen den einzelnen Endpunkten der Bahn war ein Durchgangsbetrieb mit Zügen aus drei Wagen eingerichtet. Die Verzweigung dieser drei Linien erfolgte auf dem sogenannten Gleisdreieck. Die weitere Entwicklung des Schnellbahnnetzes vollzog sich verhältnismäßig rasch. 1906 wurde die Strecke vom Anie über Bismardstraße nach dem Wilhelmplatz in Charlottenburg (1,4 Kilometer), 1908 die Strecke von der Bismardstraße nach dem Reichstanzlerplatz in Westend (2,8 Kilometer) und die Strecke vom Potsdamer Platz bis zum Spittelmarkt (2,4 Kilometer) dem Verkehr übergeben.

Nachdem 1908 der Vertrag über die Schnellbahn nach Wilmersdorf—Dahlem geschlossen und im Dezember 1910 die Schöneberger Bahn Kollendorferplatz—Hauptstraße (3 Kilometer) hinzugekommen war, mußte man die Auflösung des Gleisdreiecks in Angriff nehmen. Der an seine Stelle getretene Kreuzungsbahnhof, dessen Umbau bei Aufrechterhaltung des Betriebs ausgeführt werden mußte, wurde im November 1912 dem Verkehr übergeben. Die West-Ost-Linie wurde dadurch vorübergehend unterbrochen. Besonders umfangreich waren die Erweiterungen im Jahre

Rechtsanwalt Bahn betonte, daß in der dortigen Gegend eine große Erbitterung gegen Kähne herrsche, und daß dieser zahlreiche Drohbriefe erhalten habe, eine Tatsache, die der Vorsitzende als nicht weiter aufregend bezeichnete, denn er bekomme in manchen Prozessen Drogen von Drohbrieffen. Landgerichtsdirektor Westerkamp stellte dann auf Wunsch der Staatsanwaltschaft fest, daß v. Kähne jun. sehr oft vorbestraft ist, zweimal wegen fahrlässiger Körperverletzung, einmal wegen Bedrohung, einmal wegen Beleidigung und Sachbeschädigung und schließlich wegen Körperverletzung, Beleidigung und Rötigung, für welchen letzten Fall er 7 Wochen Gefängnis erhalten hatte.

Störung im Fern- und Vorortverkehr.

Gleise durch umstürzenden Kran gesperrt.

Der über dem Lehrter Bahnhof führende Fern- und Vorortverkehr hat heute nach und in den Vormittagsstunden durch einen Bauunfall sehr erheblich gestört. Am Lehrter Bahnhof werden gegenwärtig Reparaturarbeiten an den über die Spree führenden Eisenbahnbrücken vorgenommen. Zum Hochziehen und Einsetzen schwerer Eisenstücke war ein schwerer, etwa 8 Meter hoher Kran aufgestellt worden. Aus noch nicht aufklärter Ursache, offenbar aber herbeigerufen durch den herrschenden Sturm, stürzte gegen 3,5 Uhr der Kran um und legte sich über die Fern- und Vorortgleise, so daß der Lehrter Bahnhof durch das Hindernis vollkommen blockiert wurde. Glücklicherweise bemerkte man im Bahnhof den Unfall sofort und konnte daraufhin die Strecken in beiden Richtungen hin sperren. Für die Reisenden, die die Fern- und Vorortzüge benutzen wollten, gab es heute morgen eine unliebsame Uebererraschung, als sie auf dem Schlesischen Bahnhof, Alexanderplatz und Friedrichstraße hören mußten, daß bis auf weiteres die Strecke gesperrt sei. Auch die aus dem Westen ankommenden Züge endeten bis auf weiteres am Lehrter Bahnhof. Die Aufbaumungsarbeiten gestalteten sich sehr schwierig, und erst gegen 10 Uhr vormittags, nachdem der Kran wieder hochgezogen und die Gleise kontrolliert waren, wurde es möglich, die Vorortzüge nach Potsdam über das Ferngleis laufen zu lassen. Die nach Grünau und Spindlersfeld führenden Fräzüge wurden über den Nordring geleitet, während die aus Potsdam über Halensee nach Erkner fahrenden Züge auf Bahnhof Charlottenburg endeten.

Während die beiden Ferngleise, wie oben erwähnt, gegen 10 Uhr vormittags freigemacht und wieder dem Verkehr übergeben werden konnten, war der Schaden auf dem Stadtbahngleis in den letzten Nachmittagsstunden noch immer nicht behoben. Die schweren Eisenstücke des umgestürzten Krans mußten in langwieriger Arbeit auseinandergeföhrt werden. Man hofft, daß im Laufe der Abendstunden das Hindernis beseitigt sein wird. Nach Aufhebung der Sperre auf den Ferngleisen wurden in der West-Ost-Richtung wieder Stadtbahnzüge über diese Gleise gefahren. In der Richtung Potsdam-Erkner und umgekehrt verkehren stündlich über Vorortzüge über die Ferngleise.

Feuergesetz der Polizei mit Einbrechern.

Ein Einbrecher erschossen, einer lebensgefährlich verletzt.

Einen schweren Zusammenstoß gab es heute in früher Morgenstunden zwischen Polizeibeamten und Verbrechern auf den Grundstücken Hausburgstraße 16 und 17 im Nordosten der Stadt. Das Grundstück Nummer 16 ist eine Schule. Auf dem Nachbargrundstück Nummer 17 befinden sich im hohen Erdgeschloß die Geschäftsräume und Lagerräume der Anatolischen Handelsgesellschaft. Getrennt sind die Höfe durch einen drei Meter hohen Gitterzaun.

Die Anatolische Handelsgesellschaft wurde in der letzten Zeit schon viermal von Einbrechern heimlich besucht. Das vorletztemal blieb es bei einem Versuch. Das letztmal vor einer Woche erbeuteten die Einbrecher für 15 000 M. Sofalinge. Die Gesellschaft setzte auf ihre Ermittlung eine hohe Belohnung aus, die Nachforschungen hatten aber bisher keinen Erfolg. Wie die Kriminalpolizei feststellte, waren die Verbrecher vom Schulgrundstück herübergekommen. In der Schule wurden seit einiger Zeit Ausbesserungsarbeiten ausgeführt. Die Einbrecher hatten sich

1913. Die Stadtbahn wurde bis zum Nordring verlängert. Vom Reichstanzlerplatz wurde die Bahn bis zum Bahnhof Stadion vorgeschoben, und vom Wittenbergplatz aus wurden sowohl der Kurfürstendamm wie auch die Bezirke Wilmersdorf und Dahlem durch eine Schnellbahn an das Stammnetz angeschlossen. Der Krieg und seine Nachwirkungen hemmten den weiteren Ausbau des Netzes. Die im Jahre 1912 von der Stadt Berlin begonnene

Nord-Südbahn

wurde nach längerer Unterbrechung im Jahre 1921 wieder in Angriff genommen. Am 30. Januar 1923 wurde die erste Teilstrecke Stettiner Bahnhof—Hallesches Tor eröffnet, der am 8. März die Strecke Stettiner Bahnhof—Seestraße folgte. Die südlichen Verlängerungen wurden in den Jahren 1924 und 1926 dem Verkehr übergeben. Die Längenerweiterung des Bahnnetzes war im einzelnen folgende:

	bis Anfang 1923 in Betrieb	km
Januar 1923	Hallesches Tor—Stettiner Bahnhof	3,7
März	Stettiner Bahnhof—Seestraße	3,4
April 1924	Hallesches Tor—Gneisenaustraße	1,3
Dezbr.	Gneisenaustraße—Golenheide	0,9
Februar 1926	Belle-Alliance-Straße—Kreuzberg	1,4
April	Hafenheide—Bergstraße	3,0
	zus.	51,8 km

Der Bau der Verstärkungslinie Gleisdreieck—Wittenbergplatz (2 Kilometer) war im Jahre 1913 von der Hochbahngesellschaft begonnen worden; er mußte wegen der Kriegsverhältnisse zeitweilig eingestellt werden. Erst im Sommer 1923 wurde der Bau wieder aufgenommen und so gefördert, daß am 24. Oktober 1926 die Betriebseröffnung erfolgen konnte. Dadurch wurde die seit dem Jahre 1912 unterbrochene direkte Ost-West-Linie wieder hergestellt.

Das Netz

53,3 Kilometer lange Schnellbahnnetz

hat 63 Bahnhöfe, darunter 3 Doppelbahnhöfe, und zerfällt in drei selbstständig betriebene Linien: die Weststadt-Nordlinie, die Ost-West-Linie und die Nord-Südbahn.

Dem Betrieb der Nord-Südbahn dienen die Unterwerke Wedding, Belle-Alliance-Platz und Hermannplatz, die von den städtischen Elektrizitätswerken mit Hochspannung Strom versorgt werden. Die Schöneberger, Wilmersdorfer und Dahlemer Bahn werden vom Elektrizitätswerk Südwest unmittelbar mit Gleichstrom gespeist. Von dem Gesamtnetz werden danach versorgt: durch das Kraftwerk Untersee 29,6 Kilometer, durch das Kraftwerk Südwest 10 Kilometer und durch städtische Werke 13,7 Kilometer.

Die Tarife haben sich von dem noch bis zum Jahre 1918 in Geltung befindlichen Fünftelentartar allmählich zu dem heutigen Zweijahrentarier entwickelt. Neuerdings geben die Bestrebungen dahin, auf allen Berliner Verkehrsmiteln einen Einheitsstarier einzuführen. Die bisherigen zwei Klassen sollen mit Einführung des Einheitsstariers in eine gut ausgestattete Einheitsklasse umgestaltet werden, so daß die Züge dann nur noch in Abteile für Raucher und Nichtraucher unterteilt sind.

min eine Kaserne herausgeholt, zwei Tannen an den hohen Zaun geschoben, über diese ein Brett gelegt und darauf die Leiter gestellt. So waren sie über das Hindernis hinweggekommen. In einem kleinen Kassetfenster hatten sie eine Eisenkette durchgehängt und sich so Eingang verschafft. Heute früh gegen 3 1/2 Uhr erwiderte ein in dem Hause Nummer 17 wohnender Kaufmann Willi Jansen durch ein Geräusch vom Boden her. Weil er von den Einbrechern wurde, vermutete er wieder Verbrecher und alarmierte das Ueberfallkommando und das 83. Renier. Als die Beamten auf dem Hof erschienen, hatten zwei Mann bereits das kleine Fenster wieder eingeschoben und einer war auch schon eingestiegen. Andere standen noch auf dem Nachbargrundstück. Die Verbrecher waren aber durch Aufpuffer von draußen her schon gewarnt worden und versuchten zu entfliehen. Die Beamten riefen ihnen zu: „Hände hoch oder wir schießen!“ Statt einer Antwort erhielten sie sofort Feuer, daß sie erwiderten. Im ganzen fielen 17 Schüsse. Zwei Einbrecher brachen getroffen zusammen, die anderen entkamen in der Dunkelheit. Der eine hatte einen Schuß seitlich durch die Brust erhalten und war tot. Der zweite wurde lebensgefährlich verletzt nach dem Krankenhaus Am Friedrichshain gebracht. Er wurde festgestellt als ein 32 Jahre alter Kaufmann Karl Knoll aus der Dragonerstraße 14. Die Leiche des Erschossenen wurde nach dem Schaubaus gebracht. Er ist noch unbekannt. Zur Feststellung dient vielleicht ein Trauring, den er außer einem Siegelring trug. Er ist M. A. 23. 8. 25 gezeichnet. Der Tote steht in mittleren Jahren und trug sportartige, hellbraune Kleidung mit Stutzen. Bei sich hatte er eine Taschlampe.

Die deutsche Rechtsnot!

Senatspräsident Großmann gegen „Stahlhelmjustiz“.

Der „Reichsbund jüdischer Frontsoldaten“ hatte am Mittwochabend zu einer großen Kundgebung in die Müllerstraße, Kaiser-Wilhelm-Straße, aufgerufen, in der Senatspräsident Dr. Großmann über „Die Rechtsnot im heutigen Staate“ und Rechtsanwalt Dr. Alfred Klee über „Die Rechtsnot der Juden“ sprachen. Die Veranstaltung war überfüllt. Großmanns rhetorisch äußerst wirksamer Vortrag wuchs sich, gestützt auf eine Fülle objektiver Materialien zu einer Anklage des unhaltbaren deutschen Justizsystems aus. Ein prominenter Richter gab hier einen Querschnitt durch Wirkung und Ursachen der Vertrauenskrise der deutschen Rechtsprechung.

Um dem Uebel der juristischen Fehlsprüche abzuhelfen, empfahl Großmann nach Aufzählung der richterlichen Standfälle die Aufhebung der Vertraulichkeit der richterlichen Disziplinarverfahren, verfassungsmäßige Schulungsturse für politisch ignorante Richter u. a. Wir wollen nicht die vage Formulierung, daß die Beamten die „Verfassung beachten“ sollen, sondern unbedingte Treue und Hingabe an den Staat. (Stürmischer Beifall.) Rechtsanwalt Dr. Klee, der über das Spezialproblem der antisemitischen Justiz sprach, beleuchtete das Milieu des akademischen Justizbeamten, der mit Vorurteilen belastet, dem Juden gegenübertritt. Richter, die sich rechtlich Mühe geben, bis aufs Jüdische Recht zu sprechen, müssen hier versagen. Diese psychologischen Faktoren verstehen die reaktionären Elemente nicht zu beachten. Klee berührte sodann die Vornamenge, den Hohn des Fabrikanten Haas in Radeburg sowie gewisse symptomatische Fälle aus seiner Praxis. In der Debatte erwähnte ein Vordränger ein Erlebnis aus seiner Referenzzeit, als er einmal als junger Mensch den Rechtsanwalt und Abgeordneten Karl Liebknecht in einer Prozesskammer vertreten hatte. Als S. den Namen Liebknecht nannte, sagte der amtierende Richter wörtlich: „Liebknecht, aus dieses verdammte sozialdemokratische Schwein!“ Sehr bezeichnend für die Mentalität unserer Richter und eine nette Illustration zu den Ausführungen des Senatspräsidenten ist der Ausspruch des Vorsitzenden des Richtervereins, Herrn Reicher: „Die Richterschaft bedarf keiner Umstellung vom alten zum neuen System.“ (?)

Autounfall der Landtagsabgeordneten Hörs. Auf dem Heimweg vom Parlament stieß das Auto, in dem die Landtagsabgeordnete Genosin Hörs saß, mit einem anderen zusammen und wurde stark beschädigt. Genosin Hörs trug eine leichte Nierenquetschung davon. Die Abgeordnete war gerade im Begriff, eine Vortragsreise in die Provinz anzutreten.

